

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Einrichtung einer zentralen (Service-)Stelle für öffentliche Vergaben**

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch Verwaltungen und Gesellschaften im Land Bremen gibt es derzeit eine Vielzahl unterschiedlicher Zuständigkeiten, Verfahren und Formulare. Zugleich sind die europäischen, bundes- und landesgesetzlichen Regelungen, die bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu beachten sind, höchst komplex und unterliegen zudem einer steten Änderung durch Gesetzgebung und Rechtsprechung. Diese Verfahren fehlerfrei zu gestalten, stellt daher an Auftraggeber wie Auftragnehmer hohe Anforderungen. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe geraten an juristische und organisatorische Kapazitätsgrenzen, wenn sie zusätzlich zu der komplizierten Rechtsmaterie mit Verfahrensanforderungen und Formvorschriften konfrontiert werden, die je nach Auftrag variieren. Aber auch die öffentlichen Auftraggeber des Landes und der Stadt Bremen sind bei zunehmender rechtlicher Komplexität und abnehmenden Personalressourcen oft nicht in der Lage, Ausschreibungen zügig bekannt zu machen, geschweige denn zu bewerben sowie diese dann fehlerfrei abzuwickeln.

Diese Einschätzung hat sich am 20. Dezember 2012 in einer Anhörung zur Vergabepaxis im Haus der Bürgerschaft bestätigt. Die Mehrzahl der Teilnehmenden empfahl als Ausweg möglicherweise die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle mit einheitlicheren Verfahrens- und Formvorschriften. Diese Stelle, so die Vorstellungen, ermögliche als Service und Koordinierungsstelle für Auftraggebende wie Auftragnehmende mehr Verbindlichkeit, mehr Transparenz, mehr Rechtssicherheit und auf beiden Seiten eine Verringerung der Verfahrenskosten. Einer Zentralisierung bestimmter Verfahrenskompetenzen sollen dabei dezentrale Kompetenzen in Bezug auf Ausschreibungsinhalte, Anbietersauswahl und Vergabeentscheidung gegenüber stehen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für die Bündelung der Vergaben öffentlicher Aufträge und die Einrichtung einer zentralen Servicestelle des Landes und der Stadt Bremen aus. Ziel ist es,
 - a) Transparenz und Rechtssicherheit öffentlicher Auftragsvergaben zu verbessern,
 - b) Verfahren und Formvorschriften zu vereinheitlichen, um insbesondere die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen zu erleichtern,
 - c) die Verfahrenskosten für Auftraggebende und Bietende zu verringern,
 - d) Kernkompetenzen im Bereich der öffentlichen Vergabe zu entwickeln und die Innovationsfähigkeit zu erhöhen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zu prüfen
 - a) in welchen Dienststellen und Gesellschaften des Landes und der Stadt öffentlich beauftragt wird,
 - b) wie die unterschiedlichen Vergabeverfahren und -formalitäten durch eine zentrale Vergabestelle vereinheitlicht und diese Stelle im Sinne der Ver-

besserung von Transparenz und Wettbewerb, einer Kostensenkung für alle Verfahrensbeteiligten sowie einer höheren Rechtssicherheit und verbesserter Kontrollen zu gestalten wäre,

- c) wie zu gewährleisten wäre, dass die Verfahrensoptimierungen nicht die fachliche Qualität von Vergabeentscheidungen beeinträchtigen,
 - d) welche Erfahrungen zentraler Vergabestellen in anderen Bundesländern vorliegen,
 - e) wo eine zentrale Vergabestelle anzusiedeln, wie sie personell auszustatten und welche Umwidmungen innerhalb der Eckwerte der Ressorts zur Finanzierung empfehlenswert wären,
 - f) ob und wo innerhalb der bremischen Verwaltung oder der Gesellschaften es bereits Ansätze eines derartigen Service für öffentliche Vergaben gibt,
 - g) wie eine zentrale Kontrollstelle eingerichtet werden kann, die mit der zentralen Vergabestelle zusammenarbeitet, aber organisatorisch getrennt ist,
 - h) in welchem Zeitraum und gegebenenfalls in welchen Schritten die Neuordnung zu realisieren wäre.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, ihr innerhalb von vier Monaten nach Beschlussfassung die Ergebnisse seiner Prüfung einschließlich der personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen detailliert darzulegen.

Andreas Kottisch, Wolfgang Jägers, Dieter Reinken, Jürgen Pohlmann,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Ralph Saxe, Frank Willmann, Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen